

Die Ameise

„Immer strebe zum Ganzen!
Und kannst Du selber kein Ganzes werden,
Als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Gewerksvereins der Porzellan-, Glas- u. verwandten Arbeiter.

Erscheint jeden Freitag.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 1 Mark für 1 Exemplar, jedes weitere bis zu 5 Exempl. direkt unter einer Adresse bezogen 75 Pf. = 45 Kr. Oesterr. Währung.

Expedition: C. Kossstraße 26 bei J. Bey. Alle Postanstalten und Zeitungs-Expeditionen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder vom

General-Rath.

Insertionsgebühr für die gewöhnliche Zeile 20 Pf. = 12 Kr. Oesterr. Währ. — Arbeitsmarkt 15 Pf. = 9 Kr. Oesterr. Währ. Für Zusendung v. Offerten unter Schiffe durch die Redaktion resp. Expedition werden 25 Pf. = 15 Kr. Oesterr. Währ. als Vergütung erhoben.

Redakteur: Hugo Polke, C. Kossstraße 25.

Nr. 7.

Berlin, den 16. Februar 1877.

Vierter Jahrgang.

Zum Kapitel der Lehrlingsfrage

geht uns von einem Gewerksvereinsmitglied folgende interessante Darstellung zu:

Wieviel Artikel in der Lehrlingsfrage schon geschrieben und gedruckt, wieviel Recepte zur Lösung derselben angegeben sind, wir alle, d. h. die Leser dieses Blattes wissen, daß es keine kleine Zahl ist; dennoch, werfen wir einen Blick auf die keramische Industrie, wo finden wir wohl Verbesserungen zu Gunsten der Lehrlinge? Ach, es ist leider eine Thatsache, wenn wir uns sagen müssen: in den meisten Etablissements ist's beim Alten geblieben und können wir gleich hinzufügen, daran sind nur die Herren Arbeitgeber schuld, denn dort ist ja der Arbeiter machtlos, und wenn er den besten Willen und die beste Absicht hätte, es wäre unnütz, er hat sich nur um seine Arbeit zu kümmern.

Dennoch können die Arbeiter bildend auf die Lehrlinge wirken, wenn sie wollen, und daß es auch solche Arbeiter giebt, die Hand in Hand mit dem Arbeitgeber sich die Fortbildung der Lehrlinge angelegen sein lassen, das können wir zu unserer Genugthuung konstatiren! Hier ein Beispiel:

In der Porzellan-Fabrik zu F. . . , in welcher auch etwa 17 Lehrlinge beschäftigt werden, bestand, wie in den meisten Fabriken, die Sitte, daß der Lehrling am Tage seiner „Freisprechung“ auch die üblichen Gelder (Einstand, Scheibenschmier) im Betrage bis zu 36 Mark dem Personal-Vorstand aushändigte; da wurde denn mal recht lustig gelebt und gezecht, so lange ein Heller da war. Wie schwer es mancher Wittve geworden, das Geld anzuschaffen, davon wollen wir schweigen. Doch man erkannte auch hier sehr bald, daß es an der Zeit sei, mit diesem Topfe aufzuräumen.

In einer Versammlung der Personale, welche im Herbst 1869 stattfand, wurde beschlossen, die sogenannten Freisprechungsgelder für die Folge nicht mehr zu vertrinken, sondern dieselben für die Fortbildung der Lehrlinge zu verwenden. Die Ausführung dieses Beschlusses ward auf allgemeinen Wunsch dem Ausschusse übertragen. Nachdem nun auch die Prinzipale bereitwillig ihre Unterstützung zugesagt und ein Lehrer gewonnen war, trat auch schon nach wenigen Wochen die Lehrlings-Fortbildungsschule ins Leben, mit welcher Arbeit und Mühe jedoch, davon wissen jene ein Liedlein zu singen, denn es verlief keine Woche, wo nicht der Lehrer mit Klagen über die Lehrlinge ankam, denn diese waren (mit einigen rühmlichen Ausnahmen) träge, lässig und unpünktlich.

Doch wo von Oben herab nicht die nöthige Strenge fehlt, da ist auch bei dem hartnäckigsten Lehrling Fleiß und Pünktlichkeit zu erwecken! So war es auch hier; noch ehe ein Jahr vergangen war, konstatarie der Lehrer bei einer Revision, daß er mit dem Betragen und dem Fleiße der Meisten der Lehrlinge sehr zufrieden sei; immerhin ein erfreuliches Zeichen und bei einer späteren Prüfung konnten schon an Verschiedene Prämien vertheilt werden.

Und so besteht denn diese Schule heute noch, es sind die nöthigsten Lehrmaterialien angeschafft worden und es kann jeder der Lehrlinge, wenn er seine weitere Fortbildung mit Ernst und Eifer betreibt, seine Kenntnisse in den nöthigsten Fächern wesentlich erweitern, ohne sich große Kosten zu verursachen.

In jeder Woche, an einem bestimmten Tage, giebt der Lehrer 2—3 Stunden Unterricht und zwar nur in den allernöthigsten Fächern; allerdings hat er seine Schüler auch, analog der Volksschule, in Abtheilungen getheilt. In gewissen Zeiträumen erfolgen dann die Prüfungen.

Um nun auch den Lehrlingen die Erschwingung der Freisprechungsgelder zu erleichtern, werden während der ganzen Dauer der Lehrzeit allwöchentlich 10—12 Pfennig von denselben einassirt und davon die laufenden Ausgaben der Schule gedeckt, sowie Lehrmaterial angeschafft. Möchte man überall auf diese Weise vorgehen und man wäre der Lösung der Lehrlingsfrage praktisch einen Schritt näher gerückt, ebenso einem der hervorragenden Ziele der deutschen Gewerksvereine, welche ja auch auf diesem Gebiete ihre Wirksamkeit entfalten sollen. Sollten diese Zeilen dazu Veranlassung sein, so wäre der Zweck derselben vollständig erreicht!

Noch einmal der Schlierbacher Reiseunterstützungs-Kassenentwurf.

Wenn ich das vorstehende Thema einer nochmaligen Erörterung unterziehe, indem ich auf die „Erwiderung“ des Personals der Former und Maler der Wächtersbacher Steingutfabrik in Schlierbach in den Art. 4 und 5 d. Bl. eingehe, so möge man meiner Versicherung Glauben schenken, daß dies nicht etwa aus dem Grunde geschieht, weil ich die von mir aufgestellten Sätze durch die „Erwiderung“ als widerlegt oder auch nur als erschüttert erachte. Mich leitet hierbei vielmehr nur der Gedanke, daß ein Stillschweigen meinerseits vielleicht als ein Zugeständniß der in der Erwiderung niedergelegten Ansichten und damit als ein Zurückweichen von dem in dem betr. Artikel von mir vertretenen

Standpunkt aufgefaßt werden könnte. Dies in der Hauptsache der Zweck dieser Zeilen, bei denen ich mich wiederum nur auf die Hauptpunkte in der von mir in dem früheren Artikel innegehaltenen Reihenfolge beschränke. Bemerken will ich dabei noch, daß ich mich nicht in der bescheidenen Lage befinde, „den abweichenden Ansichten Anderer“ nicht „zu nahe treten“ zu wollen. Gerade dies ist vielmehr der Zweck meines Schreibens und zwar werde ich abweichenden Ansichten in der Weise zu nahe treten, daß ich sie auf dem Felde der freien Diskussion zu bekämpfen suche, was mir die Schlierbacher Kollegen hoffentlich nicht als eine Untugend, z. B. Streitsucht, anrechnen werden. Und nun zur Sache selbst.

In meinen früheren Ausführungen hatte ich mich hauptsächlich gegen die in dem Schlierbacher Statut enthaltene Bestimmung gewendet, wonach Arbeitern, welche sich weigern, die Aufnahmegebühr oder die regelmäßigen Beiträge zur Kasse zu zahlen, auf Anzeige des Kassiers die fällige Summe auf dem Komtoir am Lohne einbehalten wird. Indem ich mich gegen den tatsächlichen Zwang zum Beitritt in die Reiseunterstützungskasse erklärte und darauf verwies, daß höchstens ein moralischer Zwang berechtigt sei, bezeichnete ich die eventuelle Einbehaltung des Lohnes auf dem Komtoir geradezu als einen Eingriff in die persönliche Freiheit des Menschen.

Gegen die Berechtigung dieser Bezeichnung sagt die Erwiderung auch nicht ein Wort, gewiß ein Beweis, daß die betr. Maßregel von ihren Urhebern selbst nicht verteidigt werden kann. Dagegen wird in der Erwiderung der Beitrittszwang lebhaft verfochten unter der Motivierung, daß nur durch diesen Gelt und Ordnung in die Reisegeldfrage gebracht werden könne zc. Betreffs des Beitrittszwanges diene Folgendes: Ich

habe bereits bemerkt, daß ich die Reiseunterstützungskasse als eine Art Versicherungsinstitut betrachte, ähnlich den Kranken zc. Kassen. Nach meiner Ansicht muß es nun einem jeden freien Menschen überlassen bleiben, sich in irgend einem Falle je nach Bedürfnis zu versichern oder nicht, sofern nur nicht im Falle der Nichtversicherung die Gefahr vorliegt, daß er seinen Nebenmenschen zur Last fällt; d. h. daß diese verpflichtet sind, für ihn zu sorgen. Natürlich hat ein Jeder auch die Verantwortlichkeit für seine Handlungsweise zu tragen. Ein Zwang zur Versicherung betr. der Reisegeldfrage — wenigstens ein tatsächlicher wäre — deshalb gänzlich unberechtigt, zumal hierbei nicht einmal die Inanspruchnahme der Unterstützung durch Erwerbsunfähigkeit bedingt ist, wie bei Krankheitsfällen die Voraussetzung, daß der Betreffende seinen Nebenmenschen zur Last fallen könnte, also nicht zutrifft. Dies im Allgemeinen die Gründe, die mich veranlassen, mich gegen den tatsächlichen Beitrittszwang zu erklären; mag man — wie dies ja in den meisten Personalien der Fall ist — die moralische Verpflichtung dazu bestehen lassen; etwas Weiteres wäre jedoch nichts als Bevormundung.

Komme ich nun auf die Motive zu sprechen, welche die Schlierbacher Kollegen für den Beitrittszwang ins Feld führen, so habe ich Folgendes zu bemerken: Bei dem jetzigen Stand der Reisegeldfrage ist meiner Meinung nach nur zweierlei möglich: entweder ein Rückwärts- oder ein Vorwärtsgehen. Findet ein Rückgang statt, d. h. lockert sich der Verband infolge des Widerstandes resp. infolge Nichterfüllung der festgesetzten, vom Vorort Waldenburg-Altwasser zu beobachtenden Bestimmungen seitens eines größeren Theils der Personale, so wird auch der Beitrittszwang seinen „Gelt“ oder „Ordnung“ in die Sache hineinbringen. Wird der Verband jedoch in anderen Fälle fester und straffer

Ferdinand Lassalle.

Von C. S. Leischauser.
(Fortsetzung).

„Während der Reaktionszeit“, so berichtet Bernhard Weder, „schwieg Lassalle still. Er liebte, gemäß des Vöden, bestand vorzüglich Liebesabenteuer mit Damen aus der Aristokratie und Bourgeoisie, und machte Vergnügungstouren, darunter eine nach dem Orient.“ Und ferner sagt derselbe: „Demnach hatte die Reaktionsperiode Lassalle zu einem sogenannten Realpolitiker gemacht. Vom rothen Republikaner und vom Sozialisten des Jahres 1848 zeigte er jetzt keine Spur mehr, sondern forderte vielmehr die jähren nationalen Bestrebungen des deutschen Professoren- und Bürgerthums. Wenn er aber von Demokratie sprach, so gebrauchte er dieses Wort in einem ganz mißbräuchlichen Sinne; denn nach seinem Ausspruch sollte die Demokratie dem preussischen Königthum die Fährte, oder besser die Schlinge, setzen. Im Grunde also zeigt Lassalle in das Horn des Nationalvereins und der Fortschrittspartei, die er später so heftig bekämpfte. Er war sogar einer der Hauptkompeten. Nachdem er den Karren auf diese Weise hatte in den Roth schieben lassen, rief er nach einiger Zeit die deutschen Arbeiter auf, damit sie ihn wieder herausjagen.“

Zweierlei Motive mochten ihn bei dieser nationalen Agitation leiten. Einerseits nämlich mochte er die Ansicht hegen, daß die deutsche Demokratie viel zu schlaftrig, launisch und mummig sei, um aus eigener Kraft etwas Großes vollführen zu können. Andererseits aber — und dies war wohl die Hauptsache! — mochte er eine Rolle spielen wollen. Denn das Job, das Bewußtsein seines Wissens und Könnens, ja die ins Kleinlichste getriebene Eitelkeit, übermög bei ihm alles Andere und beherrschte unumwunden seine Gedankenwelt. Er hatte nicht übel Lust, der deutsche Garibaldi zu werden. Daher besuchte er in Begleitung der Grafin Haffeld den fahrenden Ritter des 19. Jahrhunderts, den italienischen „Espanero auf der Insel Capriera“.

Die Frucht seiner Studien in Berlin waren zunächst zwei Bände über den griechischen Philosophen Heraclit, die er veröffentlichte. Indessen ist von diesem Werke, welches nach Einigen mit „fast erdrückender Gelehrsamkeit“ geschrieben sein soll, nur wenig Notiz genommen worden; jetzt wird es nur noch aus Neugier von dem Einen oder Anderen, der sich ein abstrusum Beispiel nehmen will, angesehen. Nicht viel besser erging es einem anderen Werke von Lassalle, welches betitelt war: „Theorie der erworbenen Rechte“ und welches von der Kritik als ein verjährtes und verjährtes Unternehmen bezeichnet wird. Lassalle würde schwerlich auf den Gedanken gekommen sein, dieses Werk zu schreiben, wenn er nicht in der Haffeld'schen Prozedur so sehr thätig gewesen wäre. Da-

durch hatte er Veranlassung bekommen, über verschiedene Rechtsfragen und Rechtsverhältnisse nachzudenken, und er hielt sich bei seiner ungeheuren Eingekommenheit von sich selber nun auch für befähigt, eine „Theorie der erworbenen Rechte“ zu schreiben, nachdem 25 Jahre vorher von einem Professor Gans ein ähnliches Werk mit nicht mehr Glanz geschrieben worden war. Professor Dr. Tähning sagt über dieses Lassallesche Werk wörtlich:

„Der römische rechtshistorische Stoff, der sich am leichtesten zusammenlesen ließ, ist in dem Buche überwiegend, und es macht von dem Standpunkte eines strengen, auf die unentstellten Thatsachen gerichteten Positivismus einen komischen Eindruck, die Lassalleschen Mißverständnisse und Verschlingungen der Begriffe des reinen römischen Privatrechts mit der Miene überlegener Kritik auftreten zu sehen. Für den soliden Rechtsgelehrten hat dieses Werk nur den Werth eines abschreckenden Beispiels, indem es zeigt, zu welchen Verunstaltungen der dem Gegenstand entsprechenden Vorstellungsformen die Heimsuchung des juristischen Materials mit dem dialektischen Aberglauben auch in sonst nicht ungeschickten Händen und trotz eines gewissen Maßes von Verstandespoinitur führen müsse.“

Lassalle mochte wohl bald fühlen, daß ihm auf dem Wege der wissenschaftlichen Schriftstellerei keine Vorbeeren blühen, — ein im Jahre 1859 gemachter Versuch, ein Schauspiel zu schreiben, war auch fehlgeschlagen, — denn von dieser Art, ein berühmter Mann zu werden, ist er ganz zurückgekommen, hat sogar die versprochene Fortsetzung eines wissenschaftlichen Werkes, wegen der ihm weit wichtigeren Agitation, zu liefern vergessen. Sein Ehrgeiz aber, um jeden Preis eine wichtige Rolle zu spielen, veranlaßte ihn nun wieder, sich auf die Politik zu werfen und sich der sozialen Strömung hinzugeben. In der Zeit von 1848—1857 hatte er mit den rheinischen Arbeitern in enger Verbindung gestanden, und zwar als Vertreter und Beförderer einer radikalen Politik. Sein entscheidendes Eingreifen begann mit der Veröffentlichung der Brochüre „Offenes Antwortschreiben“, in welchem er 1863 einem Arbeiterkomitee in Leipzig seine Theorie und sein Programm darlegte. Lassalle erklärte die von der Fortschrittspartei so warm empfohlenen Spar- und Konsumvereine Schulze's für einen ärmlichen Nothbehelf und empfahl die Produktivassoziationen unter Staatshilfe, wodurch erhebe der Arbeiterstand sich selber zum Fabrikanten und bringe den Zwischengewinn fremder Unternehmer in Wegfall. Um dieses Ziel zu erreichen, ist das allgemeine direkte Wahlrecht eine unerläßliche Bedingung, denn dadurch bekommt es der Arbeiterstand in seine Hand, zu allen Körperschaften Männer seiner Richtung zu wählen.

(Fortsetzung folgt.)

als jetzt, schließen sich die überaus meisten Personale der jetzt im Gange befindlichen Reform eng an, so wird der Beitrittszwang gewissermaßen überflüssig sein, denn die Zahl derjenigen, welche sich jetzt aus irgend welchen Gründen vom Beitritt abhalten lassen, dürfte sich bedeutend verringern, sobald der Verband an Festigkeit und dadurch, was dabei die Hauptsache ist — an Macht gewinnt. Diejenigen jedoch, die dann noch fern bleiben, werden, wie ich bereits oben ausgeführt, auch die Verantwortlichkeit für ihr Thun zu tragen haben und bin ich hierbei der Meinung, daß man sich in solchen Fällen nicht von der Humanität leiten läßt und den Betroffenen, der es verschmäht hat, sich rechtzeitig zu versichern, durch Kollekten oder dergl. unterstützt.

Daraus folgt auch, daß das Statut keine Bestimmung zu enthalten braucht, die den Unterstützungsanspruch von Seiten Unberechtigter ausschließt, — das Statut kennt eben nur Mitglieder und hat sich mit Nichtmitgliedern — womit doch wohl die unberechtigten Kollegen gemeint sind — gar nicht zu befassen. Was das angeführte Beispiel von den französischen, belgischen u. Arbeitern anbelangt, so verweise ich darauf, daß es durchaus nicht notwendig ist, daß gerade der Beitrittszwang auf den betr. Fabriken für diese bestehen muß, um zu verhindern, daß sie immer Reiseunterstützungen empfangen, ohne je welche gegeben zu haben. Dies würde schon dadurch verhindert werden, daß überhaupt das Institut der Reiseunterstützung in den betr. Ländern ins Leben gerufen würde, — was, soviel ich weiß, bis jetzt noch nicht der Fall ist. Dies die Ursache des besagten Mißstandes.

Ob die Schlierbacher Kollegen sich nun bis jetzt bei dem Beitrittszwang wohl befinden haben oder nicht, das ändert am Prinzip gar nichts; man kann sich auch in ein Bevormundungssystem hineinleben, bezw. sich in demselben befinden, ohne ein Bedürfnis nach Abhilfe zu fühlen. Uebrigens paßiert den Schlierbacher Kollegen folgendes Unangenehme: sie verteidigen in dem von mir besprochenen Tage den unbedingten Beitrittszwang des Einzelnen zum Personal, wollen aber, wie aus dem nächsten Tage ihrer Erwiderung hervorgeht, von einem Beitrittszwang des Personals zum Verbands nichts wissen. Sehen wir uns zum allgemeinen Verständnis die Sache etwas näher an, so muß man zugeben, daß als Maximo hinsichtlich der Reiseunterstützung doch nur der Verband zu betrachten ist, weil nur dieser das Endziel des zu erreichenden Zweckes bildet. Dieser Verband setzt sich zusammen aus den einzelnen Personaten, während wieder diese sich zusammensetzen aus den einzelnen Mitgliedern. Erst man nun dem einzelnen Mitglieder den Zwang auf, dem Personal beizutreten, so muß man dies doch auch dem Personal gegenüber betreffs des Beitritts zum Verbands thun, denn sonst macht man sich einfach einer Inkonsequenz schuldig, wie dies hier auch thatsächlich der Fall ist. Und damit genügt vom Kapitel des Beitrittszwanges.

(Schluß folgt).

Vereins-Nachrichten.

§ **Altshaldensleben**, d. 4. Januar. Nach der Eröffnung unserer heutigen Ortsversammlung durch den Vorsitzenden um 7^{1/2} Uhr, wurde die Mitgliederliste verlesen und dann in die Tagesordnung eingetreten. Zum 1. Punkt erstattete Hr. T. Gauer Bericht über die Einnahmen und Ausgaben vom verfloßenen Quartal; darnach war in der Ortsvereinskasse eine Einnahme mit Vortrag von 213 M. 51 Pf., eine Ausgabe von 107 M. 29 Pf., blieb Bestand 98 M. 22 Pf. In der Krankenkasse war eine Einnahme mit Vortrag von 382 M. 98 Pf., eine Ausgabe von 312 M. 94 Pf., blieb Bestand 70 M. 2 Pf. Außerdem sind 200 M. bei der Bank in 3^{1/2} pCt. angelegt. Sodann wurde dem Kassirer Decharge erteilt.

Bei Punkt 2 der Tagesordnung, betreffend die Abhaltung mehrerer Versammlungen als bisher, zog der Antragsteller nach erfolgter Diskussion seinen Antrag zurück und überließ solches dem Vorstand des Vereins.

Nach Schluß dieser Versammlung fand die Versammlung der Hülfs-Krankenkasse statt. Die Tagesordnung lautete: Vorlesung und Unterzeichnung der Statuten und Vorschläge zur Wahl der örtlichen Verwaltung.

Nachdem die Statuten vorgelesen, wurden dieselben von sämtlichen Anwesenden unterzeichnet. Zur örtlichen Verwaltung wurden vorgeschlagen: W. Zant als Vorsitzender, G. Bolms als Kassirer, C. Goshning, Fr. Rannenberg, H. Lange zu Beisitzern, T. Gauer, A. Engelhardt zu Revisoren. Hr. Bolms brachte hierauf noch die Bestimmungen der Generalversammlung über den Verbleib der alten Fonds zur Kenntnis der Versammlung, worauf Schluß derselben eintrat.

Der Ausschuss.

§ **Altwasser**. Protokollauszug der Ortsvers. vom 20. Jan. 77. Der Vorsitzende Hr. Paesler eröffnet die Versammlung um 8^{1/2} Uhr Abends. Die Mitgliederliste ergiebt, daß von 155 Mitgl. 45 in der Versammlung anwesend sind. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und genehmigt ist, wird in die Tagesord. eingetreten. Dasselbe besteht: 1. Geschäftliches, 2.

Kassenbericht, 3. Jahresbericht, 4. Bericht der Vertreter beim Ortsverbande, 5. Bericht des Bibliothekars, 6. Anträge und Beschwerden.

Zum 1. P. der Tagesordnung giebt der Vorsitzende bekannt, daß in der letzten Ausschusssitzung 5 Mitgl. in den Gem.-Ver. aufgenommen wurden; ein meldete sich zur Krankenkasse. Einem weiter Angemeldetem wurde die Aufnahme verweigert, und giebt der Vorsitzende die Gründe an, welche den Ausschuss zu dieser Handlungsweise bestimmten.

Weiter verliest der Vorsitz. ein Schreiben von einem vom Ausschuss wegen restirender Beiträge ausgeschlossenen Mitgl., in welchem derselbe ersucht, den Kassirer anzuweisen, das ihm verweigerte Krankengeld auszuführen. Der Vors. legt der Versamml. den Sachverhalt klar, und beschließt die Versamml. auf Antrag des Herrn Franz Scholz: Dem betreffenden Mitgl. die letztgezählten Beträge zurück zu zahlen und ihn als Mitgl. zu streichen.

Zum zweiten Punkt der Tagesord. berichtet Hr. Biron über den Stand der Kassen; demnach ist eine Einnahme incl. Bestand vom 3. Quartal in der Gewerksvereinskasse von 341,65 Pf., eine Ausgabe von 209 M. 38 Pf., bleibt Bestand 132,27 Pf. Davon sind in der Sparkasse des Vorshussvereins zu Waldburg 60 M. angelegt. Mitgliederzahl beträgt am Schlusse des Jahres 155; angemeldet wurden im 4. Quartal 14, ausgeschieden sind 8. — In der Krankenk. ist eine Einnahme von 417,45 Pf., eine Ausgabe mit Mehrausgabe vom 3. Quartal von 439,63 Pf., ist eine Mehrausgabe 22,18 Pf. Es sind jedoch im Vorshussverein angelegt 800 M., die Zinsen davon betragen 16,80 Pf. Krank. meldeten sich im Laufe des 4. Quartal 4, gesund 3 Mitgl. Namens der Revisoren berichtet Hr. Wiesner, daß dieselben Alles in bester Ordnung gefunden, und wird dem Kassirer Decharge erteilt.

Der dritte Punkt d. Tagesord. wird als eigener Artikel in der „Ameise“ veröffentlicht werden.

Zum vierten Punkt berichtet Hr. Rob. Leder, daß seit letztem Bericht keine Versamml. abgehalten wurde, somit ist dieser Punkt erledigt.

Zum fünften Punkt verliest der Bibliothekar den Katalog der Bibliothek. Derselbe besteht in 32 Nummern. Ausgeliehen waren seit Bestehen der Bibliothek (Sept. 76) 11 Bücher. Befehlt wurde dafür gezahlt 1 M. 80 Pf.

Beim sechsten Punkt stellt Hr. Schwager den Antrag, durch freiwillige Auktions-Diktoren für den Ausschuss aufzubringen. Auf die Frage, ob dieser Antrag für nächste Tagesordnung aufgestellt werden soll, fällt derselbe mit 16 gegen 25 Stimmen.

Renner, Schriftf.

§ **Stahla**. (Protokollauszug der am 20. Januar abgehaltenen Generalversammlung.) Bei Eintritt in die Tagesordnung gelangte das Protokoll der vorigen Versammlung zur Verlesung. Einwendungen dagegen wurden nicht erhoben. Darauf erstattete der Kassirer Bericht über die Orts-, Kranken- und Begräbniskasse für das 4. Quartal 1876. In der Ortsvereinskasse war die Einnahme M. 37,10, Ausgabe von M. 32,68, mithin bleibt Bestand M. 5,02; Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres 19. Bei der Kranken- und Begräbniskasse ist eine Einnahme von M. 17,15, eine Ausgabe von M. 8,57, bleibt Bestand M. 8,58; Mitgliederzahl am Schlusse 8. Des Weiteren war der Wunsch ausgesprochen, daß ein jedes Mitglied sich an den Vereins-Abenden beteiligen, sowie daß ein Jeder nach Kräften für die Vergrößerung des Vereins wirken möge. Eduard Lange, Schriftführer.

§ **Neustadt-Magdeburg**, 4 Februar. (Auszug aus dem Protokoll.) Nach eröffneter Versammlung durch den Vorsitzenden Hrn. Schlee wurden die Quartalsabschlüsse verlesen. In der Ortskasse war eine Einnahme incl. Vortrag von 189 M. 20 Pf., eine Ausgabe von 117 M. 15 Pf., mithin Bestand 72 M. 5 Pf. Krankenkasse: Einnahme incl. Vortrag 194 M. 50 Pf., Ausgabe 103 M. 83 Pf., Bestand 91 M. 17 Pf.; hiervon sind 60 M. unobar angelegt. Nach Bericht der Revisoren, die Kassenführung in Ordnung vorgefunden zu haben, erteilt die Versammlung dem Kassirer Decharge.

Für das ausgeschiedene Mitglied Baumbach wird Hellmigt in die Kommission zur Verwendung der Gelder für Bildungszwecke gewählt.

Zum Protokollat, der Neustädter Bierhalle, soll ein Exemplar des „Gewerksverein“ ausgelegt und der Ortsverband Magdeburg ersucht werden, in nächster Zeit eine größere Versammlung in der Neustadt abhalten zu lassen, welche über Zweck und Ziele der deutschen Gewerksvereine Aufklärung verschafft.

Der Ausschuss.

A. A.: P. Hellmigt, Schriftführer.

Erste konstituierende Generalversammlung der örtlichen Verwaltungsstelle des Gewerksvereins der Porzellan-, Glas- u. Arbeiter zu Neustadt-Magdeburg (eingeschriebene Hülfskasse).

32 Mitglieder der alten Kranken- und Begräbniskasse des Ortsvereins Magdeburg (Neustadt) waren erschienen, und nachdem das neue Statut der eingeschriebenen Hülfskasse verlesen und erläutert war, von allen unterschrieben.

Die Versammlung empfiehlt dem Vorstande nachstehende Herren zu Mitgliedern der örtlichen Verwaltung: C. Schlee, Vorsitzender, L. Levit, Kassirer, P. Hellmigt, F. Fuhr, Beisitzer, J. Rheinheimer und H. Saße, Revisoren. Die nichtanwesenden Mitglieder der alten Krankenkasse (S) sollen ihre Unterschrift nachträglich zu Protokoll abgeben.

Hellmigt.

§ **Berichtigung**. Laut einer aus Altwasser mir zugehenden Nachricht ist die in Nr. 4 d. Bl. veröffentlichte Neuwahl des Vorstandes, betr. Altwasser, in der Zusammenstellung unrichtig. Die richtige Zusammenstellung ist vielmehr folgende: Aug. Paesler (Dreher), Vorsitz., Andr. Klier (Maler), Stellvert., Jui. Renner (Dreher), Schriftführer, Aug. Springer (Dreher), Stellv., Aug. Biron (Dreher), Kassirer, Herrm. Drollner (Dreher), Rob. Häpffel (Maler), Aug. Krüger (Kassenschl.), Beisitzer, Aug. Wiesner, Robert Weiß und Gust. Holz (Dreher), Revisoren, Lippert, Bibliothekar.

Die Versammlungen des Ausschusses finden jeden Sonnabend nach dem 1. die Ortsversammlungen jeden Sonnabend nach dem 15. in jedem Monat statt.

Versammlungstotal ist der Gasthof zum Eisernen Kreuz.

Georg Lenz, Verwaltungsführer.

Zur Beachtung.

Da die Nrn. 1 bis 5 der „Ameise“ vergriffen sind, jedoch noch täglich Nachbestellungen eingehen, so ersuche ich diejenigen Ortsvereine, welche im Besitz überzähliger Exemplare von bezeichneten Nrn. sind, mir dieselben umgehend zuzusenden.
J. Bey, Hauptkassirer.

Aufforderung.

Der Former Wilhelm Geitner aus Althaldensleben wird hierdurch aufgefordert, behufs Uebermittlung von Unterstützungsgeldern, sowie eines Krankenscheins, dem Unterzeichneten seine Adresse anzugeben.
Jean Bertram, Flörsheim a. M.

Aufruf an sämtliche Mitglieder!

Das Mitglied des unterzeichneten Ortsvereins, Former C. Heinrich Ludwig in Buschbad bei Meißen, ein durchaus fleißiger Mann und treuer Familienvater, hatte im Oktober v. J. das Unglück, seine Frau und sämtliche fünf Kinder durch den Typhus auf dem Krankenlager zu sehen. Er selbst wurde ebenfalls von der Krankheit heimgesucht, befindet sich jedoch jetzt wieder auf dem Wege der Besserung.

Zwar ist Ludwig Mitglied unserer Krankenkasse; die Unterstützung reicht jedoch nicht aus, die Familie vor der dringendsten Noth zu schützen.

An Arbeiten kann L. noch lange nicht denken, da er dazu noch nicht entfernt die nöthige Kraft besitzt. Es ist selbstverständlich, daß sich gegen derartige Unglücksfälle Niemand versichern kann.

Wir richten deshalb an sämtliche Vereinsgenossen die dringende Bitte, L. durch einen kleinen Beitrag in seiner Noth behülflich zu sein, an die Ortsvorstände und an die Herren Kassirer aber, etwaige Sammlungen in die Hand nehmen, bez. veranlassen zu wollen.

Gefällige Beiträge über welche seinerzeit quittirt wird, bitten wir an die Adresse des Hrn. Ch. Blent, Dresden-Neustadt, Theresenstr. 15, III., zu senden.
Mit kollegialischem Gruß

Der D.-B. Dresden-Neustadt
i. A.: Ch. Blent.

* **Moabit. Generalrathssitzung** am Sonntag, den 18. Februar, Vorm. 1/2 10 Uhr bei Wittig, Thurmstraße 42a. Tagesordnung: 1) Eingegangene Zuschriften. 2) Beschwerde Altwasser. 3) Monatsbericht des Hauptkassirers. 4) Geschäftliches.

Gustav Lenk, Vorsitzender. Georg Lenk, Hauptkassirer.

* **Moabit. Vorstandssitzung** der Krankenkasse (eingeschriebene Hilfskasse) am Sonntag, den 18. Februar Vorm. 11 1/2 Uhr bei Wittig, Thurmstraße 42a. Tagesordnung: 1) Vorlage der Krankenkassenordnung und Zahlungstabelle für tageweise Krankenunterstützung. 2) Genehmigung von örtlichen Vorstandsmitgliedern. 3) Verschiedenes.

Gustav Lenk, Vorsteher. Julius Bey, Hauptkassirer.

* **Moabit. Ortsversammlung** am Montag, den 19. Febr., Abends 8 Uhr bei Wittig. Tagesordnung: 1) Neuwahl des Vorstandes. 2) Innere Angelegenheiten. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

M. Sohn, Schriftführer.

* **Quittung über eingegangene Beträge bis ult. Januar 1877.**

Schlaggenwald M. 1,17. Zwiesel 24,30. Dresden-Neust. 33,80. Berlin 26,35. Lettin 50,37. Eibogen 3,99. Tiefenbach 1,75. Charlottenburg 33,90. Gairdorf 5,85. Fürstenberg 183,83. Blankenhain 45,43. Reichert, Berlin 40 M. Huve, Berlin 40 M. Moabit M. 210,15. Rulau 92,95. Kopenhagen 231,92. Althaldensleben 238,73. Altwasser 389,62. Rudolstadt 257,50. Flörsheim 9,8. Sophienau 58,30. Neuhalbdenleben 63,70. Schlerbach 108. Altenburg 25,43. Gotha 36,22. Kahla 30,77. Summa M. 2163,91.
J. Bey, Hauptkassirer.

*** Jahres-Abschluß der Generalrathskasse pro 1876.**

Einnahme.		Ausgabe.			
	M.	pf.	M.	pf.	
Kassenbestand vom Jahre 1875	244	73	Gehalt des Hauptkassirers	510	—
Prozentendungen	2478	46	Porto	69	85
Verkaufte Werthpapiere	302	10	Bureaubedarf	16	55
			do. für Ortsvereine	3	40
			Bureau-Utensilien	15	50
			Drucksachen	184	50
			Sitzungs-Entschädigung	107	50
			Entschädigung an die Revisoren	10	85
			Abonnements	742	85
			Für Vertretung auf der Generalversammlung und Verbandstag	141	16
			Für Reisen	249	13
			Unterstützungen	116	65
			Für gekaufte Werthpapiere	618	85
			Allgemeine Ausgaben	28	43
				2765	2
			Saldo	260	27
				3025	29
				3025	29

Gesammi-Vermögen der Generalrathskasse.
300 M. Berl. Pfdbrf. 4 1/2% Cours 101,50. . . M. 304. 50.
Baar in Kasse 260. 27.
M. 564. 77.

Revidirt und für richtig befunden
A. Rünchow, C. Huve, J. Koch, Alb. Goldwan, F. Fette.

Berlin, den 1. Januar 1877.
J. Bey, Hauptkassirer.

*** Jahres-Abschluß der Hauptkasse der Kranken- und Begräbniskasse pro 1876.**

Einnahme.		Ausgabe.			
	M.	pf.	M.	pf.	
Kassenbestand vom Jahre 1875	322	71	Aushilfe an die Ortskassen	4241	85
Prozentendungen	6095	98	Gehalt des Hauptkassirers	390	—
Zinsen	229	58	Porto do.	28	52
Verkaufte Werthpapiere	3056	10	Bureaubedarf do.	12	80
			do. für Ortskassen	10	25
			Drucksachen	25	40
			Buchbinderarbeiten	1	50
			Abonnements-Beitrag für „die Ameise“ pro 1876	579	75
			Für die technische Prüfung der Kasse	120	—
			Für Vertretung auf der Generalversammlung	193	4
			Entschädigung für Schreibhülse	15	—
			do. an die Revisoren	8	55
			do. für eine Kommissionsitzung	2	—
			Gekaufte Werthpapiere	4007	95
			Allgemeine Ausgaben	6	70
				9643	31
			Saldo	61	6
				9704	37
				9704	37

Gesammi-Vermögen der Hauptkasse.
500 M. Berl. Pfdbrf. 4 1/2% Cours 101,50 . . . 5785,50
Baar in Kasse 61,6
5846,52

Revidirt und für richtig befunden
A. Rünchow, C. Huve, J. Koch, Alb. Goldwan, F. Fette.

Berlin, den 1. Januar 1877.
J. Bey, Hauptkassirer.